

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

31.10.1924 (No. 255)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. u. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikie-Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweise Verteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckausgaben und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 6 bis 25 auf Monatsfuß erfolgen.

* Die Wahlen in England

Vergleichen wir die parteipolitische Entwicklung der Staaten mit dem Schwingen eines Pendels, so sehen wir, daß dieser Pendel nirgends im Zustande der Ruhe verharrt. Bald schwingt er mehr nach links, bald mehr nach rechts. Bald ist die Länge der Schwingungslinie groß, bald klein. Derartige Pendelschwingungen, wie bei den letzten französischen Wahlen und bei den englischen Wahlen am vorgestrigen Mittwoch, werden jedoch nur selten erlebt.

Selbstverständlich hat jedes Land bei alledem seine Eigenart. Es ist keineswegs so, daß etwa in allen europäischen Staaten jeweils eine ganz bestimmte Schwingungstendenz zu beobachten wäre, eine Tendenz, die bei allen Wahlen zwingend in Erscheinung tritt. Im Gegenteil, eher läßt sich eine Art Kontrastwirkung feststellen, derart, daß eine Entwicklung nach rechts des einen Landes meist ausgeglichen wird durch eine Entwicklung nach links im anderen Lande, und umgekehrt. Nur in Rußland, wo auch unter der kommunistischen Knute das Wort gilt „Der Dien' muß“, spielen die Wahlen lediglich eine dekorative Rolle: sie mögen ausfallen, wie sie wollen, an der kommunistischen Diktatur vermögen sie nichts zu ändern.

Dieselbe Zeit, die in England eine geringe konservative Mehrheit entstehen sah — wir meinen die drittletzten Wahlen —, war in Frankreich bereits charakterisiert durch eine Entwicklung nach links, wie sie dann ja auch bei den französischen Wahlen in überraschender Eindeutigkeit zum Ausdruck gelangte. Auch England geriet dann in das Fahrwasser einer Linksentwicklung, und das Kabinett Macdonald wurde zu ihrem Symbol. Die vorgestrigen Wahlen in England haben den Pendel wieder nach rechts getrieben, und zwar mit einer Festigkeit, die schier beispiellos dasteht.

Die Konservativen sind aus der Wahl beinahe mit der relativen Mehrheit als Sieger hervorgegangen. Noch ein paar Gewinne, und sie hätten wieder sämtliche Mandate erobert gehabt. Die Arbeiterpartei ist bei der Wahl recht höflich geranzelt worden, hat aber ihre Position als ansehnliche Minderheitspartei immer noch behauptet. Dagegen ist den Liberalen das Wahlbündnis mit den Konservativen sehr schlecht bekommen: Die haben es nur auf 40 Sitze gebracht. Einen irgendwie nennenswerten Einfluß werden sie damit nicht ausüben können. Und man muß den Optimismus ihrer Führer bewundern, die trotz dieser vernichtenden Niederlage die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht aufgeben.

Ein Skandal ist das englische Wahlgesetz, das die unglaublichsten Möglichkeiten gestattet. Der Zahl der abgegebenen Wählerstimmen nach hat nämlich die Arbeiterpartei mehr als eine Million Stimmen gewonnen. An Mandaten hat sie jedoch über 40 verloren. Bei der Wahl sind an Stimmen abgegeben worden: für die Konservativen 7 608 701, für die Liberalen 3 003 007, für die Arbeiterpartei 5 512 015. Hätte England die Verhältniswahl, so befänden die Konservativen nicht einmal die einfache Mehrheit. Nach der Maßgabe des bestehenden Wahlgesetzes haben sie heute fast die relative Mehrheit.

Nach dem sozialistischen Intermezzo, einem Intermezzo, das allerdings Großbritannien außenpolitisch ganz bedeutende Erfolge eintrug, wird nun also ein konservatives Regime beginnen, und zwar ein konservatives Regime auf lange Sicht. Bleibt die konservative Partei in sich geschlossen, so werden vorzeitige Wahlen jedenfalls nicht stattfinden.

Wie ist das Ergebnis der englischen Wahlen vom deutschen Standpunkt aus zu beurteilen? Es wird angenommen, daß die Außenpolitik der konservativen Regierung keine Änderung erfahren wird. Das ist zweifellos erfreulich für uns. Wir haben sonach keine Veranlassung, von dem Ergebnis der Wahlen peinliche Folgen für uns zu befürchten.

Ein Gegenstand der Sorge ist und bleibt natürlich immer das Verhältnis zu Frankreich. Macdonald war es gelungen, hier besonders gute Beziehungen herzustellen, ein Erfolg, der ihm allerdings durch die Tatsache, daß die neue Regierung Gerriot in mancherlei allgemeinpolitischen Dingen und in Fragen der Weltanschauung mit ihm harmonisierte, wesentlich erleichtert wurde. Wahrscheinlich wird auch das neue konservative Kabinett ehrlich versuchen, mit Frankreich in gutem Einvernehmen zu bleiben. Vergessen darf man jedoch nie,

daß die Konservativen doch mehr oder minder die Träger einer britischen, imperialistischen Politik sind und dort, wo es sich um Macht und Prestigefragen handelt, viel weniger zu Kompromissen geneigt sein werden, als Macdonald. Deutschland ist an einer Gegnerschaft zwischen England und Frankreich gewiß nicht interessiert. Für uns war das Programm Macdonalds, das Programm eines allgemeinen friedlichen Wiederaufbaues, sicherlich das beste. Alle Störungen eines Zustandes weltpolitischer Vernünftigkeit müssen naturgemäß auf ein Volk, das sich aus tiefem Elend langsam wiedererheben will, besonders schlimm einwirken. Und sonach können wir vom Standpunkt der deutschen Interessen aus nur wünschen, daß die Außenpolitik Engl. sich auch auf dem Gebiet seiner Beziehungen zu Frankreich von den Richtlinien der bisherigen Politik nicht allzuweit entferne.

Der konservative Wahlsieg in England

Das Ergebnis der englischen Wahlen ist nach den letzten vorliegenden Meldungen folgendes:

	Gewinn	Verlust	Sitze
Konservative	400	159	6
Arbeiterpartei	151	24	65
Liberalen	40	9	120
Unabhängige	4	—	1
Kommunisten	1	1	—

Nach den bisher vorliegenden Ziffern haben die Konservativen erheblich mehr Mandate erzielt als ihrer Stimmenzahl entsprach, während die Arbeiterpartei und die Liberalen proportional gerechnet zu kurz kamen. Die Arbeiterpartei hat rund eine Million Stimmen mehr erhalten als im letzten Jahr und trotzdem zahlreiche Mandate verloren. Eine ähnliche Mehrheit wie sie die Konservativen mit fast zweihundert Mandaten über alle anderen Parteien erlangen, ist seit dem großen liberalen Wahlsieg des Jahres 1906, wo 376 Liberalen gewählt wurden, nicht mehr dagewesen. Kein Mitglied des Arbeiterkabinetts ist jedoch bei der Wahl unterlegen. Die Liberalen sind der Ansicht, daß bei ihrer Niederlage das Land nicht so sehr gegen die Liberalen, als gegen die Arbeiterpartei stimmte. Eine Prüfung der zahlenmäßigen Ergebnisse scheint diese Ansicht zu bestätigen. In Kreisen, in denen 3 Kandidaten zur Wahl standen, scheinen zahlreiche Wähler, die normalerweise die Liberalen unterstützten, diesmal für die Konservativen gestimmt zu haben, um nicht Gefahr zu laufen, daß ein Arbeiterkandidat gewählt wird. Asquiths Niederlage wird von den Gegnern bedauert, die indes erfreut sind, daß er sich — wie er jetzt erklärt — aus dem politischen Leben nicht zurückziehen wird.

Die Regierungsbildung

W.B. London, 31. Okt. Mitternachtsaufgabe löste Macdonald gestern nach Downing Street zurück. Weiter verläutelt, daß heute eine Kabinettsitzung stattfinden soll, in der über die nächsten Schritte der Regierung beraten werden soll. „Daily Chronicle“ will wissen, daß Macdonald für einen sofortigen Rücktritt eintraten werde. In diesem Falle dürfte er um eine Audienz beim König nachsuchen und sein Rücktrittsgesuch überreichen. Der König dürfte dann Baldwin als Führer der stärksten Partei zu sich bitten.

Preßstimmen

W.B. Paris, 31. Oktober. Die französische Presse urteilt über den Ausgang der englischen Wahlen nicht gleichmäßig. Ein Teil der Reichspresse erwartet von der Niederlage Macdonalds „heilsamen“ Einfluß auf die französische Politik. Die Linkspresse jedoch glaubt nicht, daß außenpolitisch das Wahlergebnis einen wesentlichen Einfluß ausüben wird. Der „Figaro“ schreibt, die zukünftige Geschichte Englands sei leicht zu beschreiben. Es würden abwechselnd Arbeiterkabinette und konservativen-Kabinettsysteme. Großbritannien kehre zum Zweiparteien-System zurück. Gerriot habe einen Traum geträumt. Dieser Traum, wenn die Arbeiterregierung in England noch einige Monate angebauert hätte, hätte die französische Regierung an dem Tage, wo die Segel gerissen worden seien, zu einem außerordentlich brutalen Erwachen geführt. Die internationale Wirtschaft sei nun zerstückelt und die Wähler vom 11. Mai würden sich nun dem Stadium der nationalen Probleme ergeben. Das „Echo de Paris“ stellt die Frage, warum die noch vor einigen Wochen so uneinigen Wähler sich so einmütig ausgesprochen hätten. Weil Macdonald sie gebeten habe, auf zwei sehr präzise Fragen eine Antwort zu geben, nämlich ob England die englisch-russischen Beziehungen aufnehmen wolle und ob es den Kommunisten von Moskau Kredite geben wolle, ferner ob er bei sich die Entwicklung einer mehr und mehr sozialisierenden Bürokratie dulden wolle.

W.B. Genf, 30. Oktober. Das „Journal de Genève“ schreibt u. a.: Eine Regierung Baldwin heißt: Rückkehr zu den Mac-Kenna-Bällen, Bau der Flottenbasis von Singapur, Vermehrung der Seerüstungen und wahrscheinlich Wiedereinnahme in ihrer jetzigen Form von den Genfer Protokollen, die von den Dominions nur unter starkem Druck des Mutterlandes angenommen worden seien. Das ist äußerst ernst, denn wenn Großbritannien nicht das Genfer Protokoll ratifiziert, ist es völlig klar, daß die notwendige Zahl der Ratifizierungen nicht erreicht wird. Der gestrige Tag kann als guter Tag für das englische Volk erscheinen; aber wir wagen nicht zu behaupten, daß er ein guter Tag für die Welt und für den Völkerverbund ist.

Wirtschaftliche Umschau

Das Anhalten der Wirtschaftskrise zeigt uns, daß wir uns immer noch den schwierigsten Problemen gegenüber befinden. So darf vor allem nicht vergessen werden, daß sich unsere Industrie, die obendrein durch Kriegswirtschaft und Inflation sozusagen an einer „Produktionsverfälschung“ erkrankt ist, bei weitem nicht mehr denselben Absatzgebieten gegenübersteht, wie im Frieden. Wir haben nicht nur im Ausland, dessen Produktion ja gleichfalls im Krieg sich außerordentlich verbreiterte, und das sich durch Zölle obendrein gegen unsere Einfuhr in größtem Umfang verschließt, weite Absatzgebiete verloren, sondern auch durch den Raub deutschen Landes. Es ist damit zu rechnen, daß entweder der Kampf um die schmale, verbliebene Absatzdecke sich verschärft oder daß die Kartelle dem durch freiwillige Vereinbarungen über Betriebsbeschränkungen zu begegnen versuchen. Beide Entwicklungen, die wir wohl schon nebeneinander haben, haben natürlich ihre schweren Gefahren für die deutsche Allgemeinheit und die deutsche Gesamtwirtschaft, und der Staat wird gerade mit Rücksicht auf Preisabbau und Währung hier nicht nur scharf aufmerken, sondern auch tätig, und zwar nicht nur nach der negativen Seite, eingreifen müssen. Es wird sich immer wieder darum handeln, daß das Problem der Steigerung der Produktion dauernd zielbewußt in Verbindung mit dem Absatzproblem, vor allem bei der Gestaltung der Handelsverträge behandelt wird, daß die deutsche Produktion durch Verbilligung unserer Produktionsmittel, Verkehrstarife, Ausbau der Verkehrsmittel, ertragsfähige Gestaltung der Steuern, Förderung findet, so daß sie dadurch konkurrenzfähiger gemacht wird.

Die deutsche Handelsbilanz für September weist, was freilich zu erwarten war, leider wieder einen Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr aus, während sie bekanntlich im Juli mit 17 Millionen und im August mit 141,2 Millionen aktiv war. Diese Aktivität war deshalb als vorübergehend anzusehen, weil sie in der Hauptsache auf die durch den Kapitalmangel bedingte Verringerung, der für unsere Industrie unbedingt notwendigen Rohstoffimporte zurückzuführen war. Die Rohstoffimporte sind nun wieder gestiegen, daneben aber auch die Einfuhr von Lebensmitteln, halbfertigen Waren und auch Fertigwaren, insbesondere die Einfuhr von Lebensmitteln, die eine in diesem Jahr noch nicht erreichte Höhe zeigt und wohl auch durch das verspätete Hereinbringen der deutschen Ernte mitbegründet ist. Die Steigerung der Einfuhr (623 Millionen gegen 440 Millionen Mk. im August) ist ganz beträchtlich, bleibt aber immerhin noch erheblich hinter dem Monatsdurchschnitt des 1. Halbjahres 1924 (747 Mill. Mark) zurück. Die Ausfuhr ist um 25 Mill. Mk. zurückgegangen, nicht nur in Lebensmitteln und Getränken, sondern leider auch in Fertigwaren (um 11,9 Mill. Mk.).

Daß sich unsere Wirtschaftsbilanz nicht allein in der Handelsbilanz zeigt, die überdies noch zahlreiche Fehlerquellen hat, da im September die Zollstellen im besetzten Gebiet noch nicht von deutschen Beamten übernommen waren, ist bekannt. Es sprechen auch der Übergang deutscher Vermögenswerte ins Ausland oder deren Erträge und Rückfluß oder das Hereinkommen von Anleihen, durch die sich aber Deutschland vorübergehend zu helfen sucht, mit. Da aber dafür die Zinsen und Amortisationsbeträge aufzubringen sind, da weiter kaum anzunehmen ist, daß das, was man unter der „unsichtbaren Ausfuhr“ zusammenfaßt, vorerst — wie es vor dem Krieg bei Deutschland der Fall war — den Einfuhrüberschuß wettmacht, bleibt nichts übrig, als immer wieder die Förderung, die Stützung und Intensivierung unserer Produktion, und Steigerung der Ausfuhr.

Unter diesem wichtigen Gesichtspunkt müssen auch alle Zollfragen betrachtet werden. Bekanntlich steht die Industrie, insbesondere unsere badische, im Gegensatz zu den landwirtschaftlichen Körperschaften auf dem Standpunkt, daß das deutsch-spanische Handelsvertragsabkommen deshalb nicht zu Fall kommen dürfe, weil die Ausfuhr deutscher Industrieprodukte nach Spanien viel wichtiger und ihre Behinderung viel einschneidender für unsere Gesamtwirtschaftsbilanz wäre, als die Bedenken, welche die Winzer dagegen vorbringen. Noch bedeutungsvoller wird der kommende Handelsvertrag mit Frankreich sein, zu dessen Vorberatungen der badische Industrie- und Handelstag die Zuziehung Sachverständiger aus seinen Reihen verlangt hat.

Zur Kreditfrage hat dieser Tage Reichsbankpräsident Dr. Schacht ein Programm entwickelt, das in dem Appell

gibt, das ganze Volk müsse einsehen, daß es mit einem verarmten Lande unmöglich sei, durch gegenseitige hohe Zins- und Provisionsbelastung das Verlorene in kurzer Frist wiederzugewinnen, sondern daß es einer langsamen systematischen Arbeit bedürfe, um durch eine international leistungsfähige Produktion das nationale Kapital allmählich wieder aufzubauen. In dieser Forderung ist nicht nur die Vorbedingung für die Lösung des Kreditproblems, sondern auch der vielen anderen aktuellen Probleme, vor allen Dingen die des Preisabbaus enthalten. Mit anderen Worten kann man dies auch folgendermaßen ausdrücken: Wir sind in Deutschland noch lange nicht so weit, daß wir daran denken können, dieselben oder noch höhere Gewinne als vor dem Kriege zu erzielen, wobei aus der Arbeit, noch aber auch aus dem Kapital. Der Mangel an letzterem hat freilich eine gute Konjunktur für vorsichtige Geldgeber geschaffen, aber an den hohen Zinsen, die sie nehmen, trägt die schon an und für sich schwer belastete Produktion und produktive Arbeit zu sehr, als daß die Gesundung die dringend wünschenswerten Fortschritte machen könnte. In dem nicht vorwärtskommenen Preisabbau gelangt dies auch zum Ausdruck. Das soziale Problem, das hier vorliegt, ist die Verteilung der Lasten. Es muß hier eine Lösung gefunden werden, sollen nicht schwerste soziale Erschütterungen kommen, die sonst mehr und mehr die deutsche Währung und den deutschen Staat bedrohen.

Um die wirtschaftliche, d. h. die im Interesse der deutschen Gesamtheit zu erstrebende Verwendung der ja an sich noch reichlich-bescheidenen Ansammlung der deutschen Kapitalersparnisse zu gewährleisten, hat der Reichsbankpräsident angeregt, daß auf dem Gesetzgebungsweg die unter behördlichem Schutz sich ansammelnden Gelder in ihrer richtigen Verwendung beeinflusst werden, wie dies auch vor dem Kriege der Fall gewesen ist. Der Reichsbankpräsident meinte damit die Sparkassen- und Versicherungsgelder, die wieder dem langfristigen Hypothekenkredit, auch der Landwirtschaft zugute kommen müßten. Er wandte sich damit gegen die bankmäßige Ausgestaltung der Sparkassen, die ihren großen Spekulativcharakter und wieder einfache, ehrliche Kommunalfinanzinstitute werden müßten. Zweifellos hat er hier die Hand auf eine Wunde gelegt, denn wir haben an Kreditinstituten — leider nicht an Krediten! — zurzeit eine Überproduktion, die bei dem Mißverhältnis zwischen Wollen und Können geldverwendend wirkt, und obendrein sind recht unerfreuliche Erscheinungen wie Zusammenbrüche unter den deutschen Sparkassen zu verzeichnen. Der Reichsbankpräsident kündigte dabei an, daß denjenigen Sparkassen, welche das langfristige Kreditgeschäft wieder aufnehmen wollen, vorübergehend durch Reichsbankgelder unter die Arme gegriffen werden soll.

Am heutigen Freitag soll eine Zusammenkunft des Reichsfinanzministers mit den Finanzministern der Länder in Berlin stattfinden, die aus den vor acht Tagen an dieser Stelle erörterten Gründen eine große Bedeutung für den Preisabbau hat. Es handelt sich um Reformen des Steuerwesens und um Erleichterung der deutschen Produktion zu sehr drückenden Steuerbelastungen, soweit dies durch die finanzielle Lage des Reichs und der anderen öffentlichen Körperschaften möglich wird. Es sollen die Steuerreformvorlagen, die baldigst dem neuen Reichstag zugehen sollen, ev. auch, wie es heißt, Ausnahmeverordnungen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung, vorbereitet werden. Man denkt an eine, wenn auch bescheidene Ermäßigung der Einkommensteuer, vor allem durch Erhöhung des steuerfreien Einkommenbestandes, eine weitere Herabsetzung der Umsatzsteuer, vielleicht von 2 auf 1½ Prozent, und die von den Wörrentreibern so dringend geforderte Herabsetzung der Börsenumsatzsteuer. Außerdem will man eine Reform des Finanzausgleichs zwischen dem Reich und den Ländern besprechen.

Die Angelegenheit, soweit sie die Kommunen betrifft, hat auch der Reichsbankpräsident in seiner oben bereits gestreiften Rede vor dem Zentralausschuß der Reichsbank behandelt und die geforderte Kontrolle der kommunalen Finanzgebarung auch damit begründet, daß die Kommunen heute teilweise durch Steuern (und hohe Tarife) die Wirtschaft über das unbedingt Erforderliche hinaus belasten. Die Einnahmehüberschüsse verschiedener Städte, die obendrein meist nicht für unbedingt notwendige Ausgaben verwendet werden, lassen zweifellos den Sinnweis gerechtfertigt erscheinen, daß Sparen immer wieder das erste Gebot zu sein hat. Es würde sich allerdings erübrigen, daß die Zentralstellen jetzt steuerlicher Überlastung entgegenzutreten müssen, wenn die Reform des Steuerwesens die steuerlichen Befugnisse der Gemeinden und demgemäß auch deren Verantwortung vor den Selbstverwaltungskörpern wieder erweitern würde.

Die umgestaltete neue Reichsbank hat ihre erste Bilanz veröffentlicht, die einheitlich auf Reichsmark umgestellt ist, indem Billionenmark und Rentenmark einer Reichsmark gleichgestellt werden. Das Grundkapital der Reichsbank ist von 180 Millionen auf die Hälfte, 90 Millionen, zusammengelegt, während die beschlossene, jedoch noch nicht durchgeführte Kapitalerhöhung um 210 Millionen zunächst in gleicher Höhe sowohl unter den Passiven wie unter den Aktiven ausgewiesen wird. Wichtig ist, daß der Goldbestand sich weiter erhöht hat, auf 613,6 Millionen, wozu noch bedienungsfähige Devisen in Höhe von 204,5 Millionen kommen, so daß sich jetzt die für die Ausgabe der neuen Noten als Golddeckung in Betracht kommende Summe auf 818,2 Millionen Reichsmark beläuft. Da der Notenumlauf in der Bilanz mit 139,67 Millionen Reichsmark erscheint, sind diese Noten mit 58,6 Proz. gedeckt, es ist also die Friedensdeckung mit ¾ nahezu erreicht, weil die Devisen, wie das ja die Neuordnung der Währung anderer Länder erwiesen hat, vorerst als vollständiger Ersatz der Golddeckung dienen können.

Wenn die neuen gedeckten auf Reichsmark lautenden Noten ausgegeben werden, steht noch nicht fest. Da die Rentenbank nun in ein landwirtschaftliches Kreditinstitut umgewandelt wird, werden die Rentenbankcheine allmählich eingezogen und solche Scheine zu 50, 100 und 500 Mark nicht mehr verausgibt. An ihre Stelle werden vorerst — natürlich ohne daß dadurch der Notenumlauf vermehrt wird — Reichsbanknoten zu 50 und 100 Billionen ausgegeben, was der Grund für die Erscheinung ist, daß solche Noten gegenwärtig wieder in stärkerem Maß im Umlauf sind. Eine Gefahr für die Stabilität der Währung tritt dadurch, da das Quantitätsprinzip weiter gewahrt wird, nicht ein.

Politische Neuigkeiten

Reichswehr und Parteipolitik

W.B. Berlin, 30. Okt. In der Presse wurde wiederholt der Vorwurf erhoben, daß Reichswehrangehörige entgegen den Bestimmungen des Wehrgesetzes und Befehlen des Reichswehremittlers sich an parteipolitischen Veranstaltungen beteiligt hätten. In keinem Falle erwiesen sich die Anschuldigungen als wahr. Dagegen war festzustellen, daß Zivilpersonen, die unbefugt Uniformen oder uniformähnliche Kleidungsstücke trugen, zu solchen Nachrichten Veranlassung gaben. Die Reichsregierung hat die Landesregierungen, um derartige Vorkommnisse im Interesse des Ansehens der Wehrmacht zu vermeiden, daß in solchen Fällen die Polizei und Strafverfolgungsbehörden energisch einschreiten.

Abbau der Sichtvermerkbestimmungen in Sicht

Deutsch-Osterreich hat die Einreisegebühr für Reichsdeutsche seit einigen Tagen beträchtlich erhöht, nachdem vor einigen Monaten eine wesentliche Herabsetzung der Sichtvermerkgebühren erfolgt war. Gegenüber Vorwürfen, die im „Vorwärts“ im Anschluß an diese Tatsache gegen das Auswärtige Amt erhoben wurden, wird jetzt von zuständiger Berliner Stelle erklärt, daß das Auswärtige Amt in Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern der Auffassung sei, daß mit dem Abbau der Sichtvermerkbestimmungen sobald wie möglich zu beginnen sei. Es schweben Verhandlungen mit verschiedenen Ministerien über diese Frage, besonders mit dem Finanzministerium, da das Auswärtige Amt für die Entscheidung in dieser Angelegenheit nicht allein zuständig ist. Es ist zu erwarten, daß Anfang nächsten Jahres mit dem Abbau der Sichtvermerkgebühren begonnen werden kann. Was den Sichtvermerk für die Einreise ins Deutsch-Osterreich angeht, so ist zwischen dem Auswärtigen Amt und der österreichischen Vertretung seit Monaten über diese Frage verhandelt worden. Ein Erfolg dieser Verhandlungen habe sich aber bisher nicht ergeben.

Die bayerischen Generale und Ludendorff

Zu dem Konflikt zwischen Kronprinz Rupprecht und dem General Ludendorff gibt General Krafft von Dellmensingen im Auftrag des Vorsitzenden der Vereinigung der bayerischen Generale eine Erklärung ab, worin ausgeführt wird, daß Kronprinz Rupprecht wegen der ihm von Ludendorff zugefügten Beleidigung ein Ehrengericht gegen Ludendorff beantragte. Dieser verlangte als Gegenforderung, daß sich auch der Kronprinz dem Ehrengericht unterwerfe, und daß das Ehrengericht nur mit preußischen Generalen zu besetzen sei. Kronprinz Rupprecht zog hierauf die dienstältesten Generale der ehemaligen königlich bayerischen Armee zu Rate, die sich gegen die Unterstellung unter ein Ehrengericht, insbesondere gegen die Zusammensetzung des Ehrengerichts aus nur preußischen Offizieren aussprachen. Nachdem dann der Kronprinz es ablehnte, sich einem Ehrengericht preußischer Generale zu unterwerfen, lehnte auch Ludendorff das gegen ihn einberufene Ehrengericht ab. Nunmehr wurde von den bayerischen Generalen ein Beschluß gefaßt, worin sie erklären, daß sie sich gegenwärtig sehen, fernerhin die Standesgemeinschaft mit Ludendorff abzulehnen.

Durchsagung der deutschen nationalen Geschäftsstelle in Dresden. Auf Antrag des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Helbig hat das Landesgericht Dresden eine einstweilige Verfügung erlassen, auf Grund deren Donnerstag vormittag in der Geschäftsstelle der Deutschen Nationalen Volkspartei und in einer Dresdener Druckerei drei Kriminalbeamte erschienen, um die von der Deutschen Nationalen Volkspartei nachgedruckte Broschüre des Ministerpräsidenten Helbig über die sächsische Personalpolitik zu beschlagnahmen. An beiden Stellen wurde jedoch die genannte Broschüre nicht vorgefunden. Dagegen wurden in der Druckerei die vorhandenen Druckplatten vernichtet.

Der Weinbau und der deutsch-spanische Handelsvertrag. Das Reichskabinett befachte sich in seiner Sitzung am Mittwoch mit den Beschwerden der Weinbauinteressenten über die deutsch-spanischen Handelsverträge. Bei aller Würdigung der Notlage der deutschen Winzer vertrat das Kabinett aus allgemeiner politischer Gründe doch auf dem Standpunkt, daß der deutsch-spanische Handelsvertrag, der von den beteiligten Regierungen beabsichtigt angenommen worden ist, den gesetzlichen Körperschaften zur Ratifizierung vorgelegt werden müsse.

Mißtrauensantrag in Mecklenburg-Schwerin. Im Schweriner Landtag wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Nordmann und Gen. ein Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium eingebracht, weil der Vertreter der mecklenburgischen Regierung im Reichstag gegen die Gutachten der Ausnahme des Eisenbahngesetzes gestimmt habe, sich dann aber bei der Abstimmung über das Eisenbahngesetz der Stimme enthielt. Ein ähnlicher verschärfter Antrag lag von den Kommunisten vor. Bei der Abstimmung wurden der kommunistische und sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Die Rede Prof. Gumbels in Frankreich. Gumbel berichtet aus Le Havre, daß Privatdozent Gumbel von der Universität Heidelberg am Dienstag in Begleitung des Abg. Jean Bon, der den Präsidenten der Liga für Menschenrechte, Quinson, vertrat, in Le Havre angekommen ist, um über den Friedensgeist in Deutschland und Frankreich zu sprechen. Es machte sich bei seinem Vortrag eine Opposition geltend, die in ein Handgemenge ausartete, in dessen Verlauf etwa 10 Personen verletzt wurden. Nach einer Meldung des „Journals“ hatten die Opponenten die ersten Reihen des Saales besetzt. Am Verlaufe des Handgemenges waren sie mit Stühlen auf die Gegner. Nach Ausweisung der Störenfriede konnte Gumbel seine Rede halten.

Die Währung in Indien. Neuter meldet: In der neuen in Bengalen veröffentlichten Verordnung heißt es im Hin-

sicht auf das Wiederaufleben der Gewalttätigkeiten: Die Bewegung ist tief eingewurzelt und gefährlich. Es wurden Waffen und Munition von einer in Indien nicht genutzten Art beschlagnahmt, die also aus dem Auslande eingeschmuggelt sein müssen. Auch Pläne für Mordanschläge wurden geschmiedet. Die Verordnung ist nicht gegen die nationalsozialistische Bewegung oder die rechtmäßige Tätigkeit der Anhänger dieser Bewegung gerichtet, sondern bezweckt nur die Unterdrückung der verbrecherischen Gewalttaten.

Kurze Nachrichten

Der künftige Generalagent für die Reparationszahlungen, Parter Gilbert, ist am Donnerstag von Paris kommend in Berlin eingetroffen. Zu seinem Empfang hatten sich auf dem Bahnhof außer einigen Regierungsvertretern auch Owen Young eingefunden.

Der Ertrag der Reparationsanleihe. Wie der „Berl. Sozialanzeiger“ aus Newyork erfährt, begann bei der Morganbank die Zahlung auf die neue Anleihe. Das Geld soll unverzüglich nach der Einzahlung der Reichsbank zugestellt werden. Ein großer Teil des Anleihebetrages aus anderen Ländern steht der Bank Morgan bereits zur Verfügung.

Die Beratungen über Steuerermäßigungen sind, wie den Berliner Blättern mitgeteilt wird, im Gange. Weitere Ermäßigungen von Steuern soll folgen. Es stehen aber weder die Steuererlässe noch einzelne Steuern fest, welche unter den Erlass fallen werden. Die Entscheidung erfolgt in kürzester Zeit.

Der deutsche Kreuzer „Berlin“, Schulschiff für Offiziersanwärter, tritt am 1. November von Kiel aus eine größere Auslandsreise an, die das Schiff zu den Kanarischen Inseln nach St. Thomas, dann nach Columbien, Mexiko, Habana und Porto Rico führen wird. Mitte März 1925 wird der Kreuzer über die Azoren nach der Heimat zurückkehren.

Reinheitsverfahren gegen Drob. Gegen den ehemaligen Staatsbankpräsidenten Loeb wurde bei der Staatsanwaltschaft Weimar ein Verfahren wegen Reinheitsverstoßes gemacht. Wie verlautet, hat die Sache mit der Staatsbankangelegenheit nichts zu tun.

Dem sächsischen Landtag ist ein sozialdemokratischer Antrag zugegangen, den Landtag aufzulösen und Neuwahlen mit den Reichstagswahlen vorzunehmen.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag der Demokraten und Kommunisten auf Auflösung der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. Für den Antrag stimmten die Kommunisten, Demokraten und die Deutschen Nationalen, alle übrigen Fraktionen dagegen.

Wiederbetriebnahme der Wählwerke. Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, haben Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, daß die Wählwerke unter Wiederherstellung ihres Betriebes unter verschiedenen Bedingungen bereit sind.

Für das Buchdruckergewerbe ist vom Reichsarbeitsministerium ein Schiedspruch gefällt worden, der laut „Vorwärts“ den Spitzenlohn vom 1. November 1924 bis 2. Januar 1925 auf 87 Mark festsetzt.

Einigung mit den Hamburger Hafnarbeitern. Zwischen den Hamburger Hafnarbeitern und dem Hafenbetriebsverein ist gestern nach langwierigen Verhandlungen eine Einigung über die Lohnsätze zustande gekommen. Die Gefahr einer Arbeitsniederlegung im Hamburger Hafen dürfte beseitigt sein.

Der französische Ministerpräsident Perriat hat Donnerstag mittags den deutschen Botschafter von Hüsch empfangen, mit dem er wiederum über Fragen verhandelte, die die Ausführung des Danesplanes betreffen.

Tschiffserin und Perriat aus Anlaß der Anerkennung der Sowjetregierung durch die französische Regierung Glückwunschkarten ausgetauscht.

Ein französisch-schweizerisches Einigungsabkommen über den Jönköpingsfall wurde unterzeichnet. Die „Tribune de Genève“ sagt, daß die große politische Seite Perriots dazu beitragen werde, das Unbehagen zu beseitigen, das die Haltung Romcares in der Jönköpingsfrage hervorgerufen hatte und das Ansehen Frankreichs in der Schweiz, das infolge des andauernden Mißverständnisses zwischen den beiden Nachbarn etwas erschüttert war, zu heben.

Die polnische Kabinettskrise beendet. Im polnischen Seim wurde der Antrag der polnischen Linken, der Außenpolitik der Regierung das Vertrauen auszusprechen, mit 210 gegen 170 Stimmen angenommen. Dafür stimmten außer den polnischen Linksparteien die Volkspartei und die christlich demokratische Partei Korfantus, dagegen die Nationaldemokraten, die christlich nationale Partei und der größte Teil der Minister. Hierdurch scheint die durch das Hervortreten des Ministerpräsidenten heraufbeschworene Regierungskrise beendet.

Verschiedenes

Das Waldenfeuerwerk

mit seinem großartigen Kraftverteiler, dem Bayernwerk reift seiner Vollendung entgegen. Der Zweck des Unternehmens ist die Kraftausnutzung der 200 Meter Gefällstufe zwischen Walden und Kocksee unter Überleitung von Wasser aus der Nar in den Waldensee zur Erzeugung elektrischer Energie für die Versorgung Bayerns mit elektrischer Energie, welche als Drehstrom 115 000 Volt an das Bayernwerk und als Einphasenstrom 115 000 Volt an das Staatsbahn abgegeben wird. Auf diese Weise werden durch das Waldenfeuerwerk jährlich 60 000 Tonnen Kohle eingespart, d. h. für andere Zwecke freigestellt. Eine Strommenge von täglich über ½ Million Kilowattstunden kann durch die Leitungen des Bayernwerks bis an die nördlichste Grenze von Nordbayern geleitet werden. In Betrieb genommen sind vom Waldenfeuerwerk (Abteilung „Drehstrom“) die für die Landeselektrizitätsversorgung bestimmten Turbinen und Generatoren; die Abteilung „Einphasenstromteil“, die für die Speisung der elektrifizierten Bahnlücken benutzt wird, kann für die in Kürze erfolgende Inbetriebnahme der elektrischen Bahnen sofort ausgenutzt werden. Für spätere Zeiten ist Energielieferung an die Nachbarstaaten in Aussicht genommen. Für die nächste Zeit besteht keine Hoffnung auf eine Preisermäßigung im Kleinabfach, die Preisermäßigung kommt vielmehr nur für die industrielle Großabnehmererschaft in Frage. Was den Strompreis für Beleuchtung anlangt, so ist es die Kostspieligkeit der Anlagen wie der gesamten Organisation, die eine Senkung des Preises vorerst ausschließt.

Der größte Unterwassertunnel der Welt. W.B. Paris, 30. Okt. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Newyork: Der Tunnel für Fahrwege unter dem Hudson, der der größte Unterwassertunnel der Welt sein soll, ist durch Präsident Coolidge in Washington gestern eröffnet worden, der durch elektrische Fernsündung den letzten Sprengschlag auslöste.

Aus der Wahlbewegung Baden

Eröffnung des Wahlkampfes durch die Deutsche Demokratische Partei

In einer sehr gut besuchten am Donnerstagabend im Eintrachtssaal zu Karlsruhe abgehaltenen Versammlung, mit der die Deutsche Demokratische Partei in Baden den Wahlkampf eröffnete, hielt deren Spitzenkandidat Dietrich ein Referat über das Thema „Wohin geht der Kurs“. Die Rede führte die Zuhörer durch die großen deutschen Gegenwartsprobleme.

Dietrich zeigte, wie die Demokratische Partei am Schnittpunkt der Parteien von rechts und links stehend darunter als Partei schwer leiden mußte und müsse, aber doch dem deutschen Volk dauernd die wertvollsten Dienste leiste. Sie müsse sich freilich in der Hauptsache immer wieder an den Verstand, nicht an das Gefühl wenden. Der Klugheit in der Deutschen Volkspartei, Stresemann, habe es begriffen, daß das von den versch. Seiten betriebene dauernde Einreden auf die Demokratische Partei auch der Volkspartei sehr gefährlich werden könne und versuche jetzt, dem anfangs dort eingeschlagenen Kurs eine andere Wendung zu geben. Bemerkenswert sei in dieser Hinsicht auch der (gestern auch von uns wiedergegebene) Artikel in der „Bad. Presse“ über das Ergebnis der Hamburger Wahlen. Bestand nicht auch einmal in Baden in der Zeit vor dem Kriege eine ähnliche Situation im kleinen wie jetzt im großen, daß man eine Rechtsregierung um jeden Preis zu machen versuche? Die Deutschen hätten jetzt dem Zentrum einen Faden, um nicht zu sagen ein Seil, zu geworfen: Sicherstellung der christlichen Schule, das heiße in Wirklichkeit nichts anderes als Aufstufung einer reaktionären und konfessionellen Schulgesetzgebung.

Eingehend behandelte der Redner die Aufgaben der deutschen Außenpolitik, die es jedenfalls wenigstens soweit gebracht habe, daß man im Ausland wieder anfangs, mit Deutschland zu rechnen. Nachdem nun die Räumung des Ruhrgebiets begonnen habe, stehe in der nächsten Zeit auch die Räumung der 1. Zone des besetzten Rheinlandes mit der Stadt Köln zur Entscheidung. Aber statt, daß wir in solchen entscheidungsschweren Zeiten eine klare und zielbewußte Außenpolitik betreiben können, sind wir in eine Krise hineingeraten, und zwar deswegen, weil die Deutschenationalen für die Abordnung einer Anzahl ihrer Mitglieder zur Genehmigung des Londoner Abkommens sich von der Deutschen Volkspartei einen Wechsel hätten ausstellen lassen, den sie dann präsentierten. Die Demokratische Partei habe sich an jener Angelegenheit grundsätzlich nicht beteiligt. Sie habe gehofft, daß die Deutschenationalen als Partei entweder dem Londoner Abkommen zustimmen oder es ablehnen würden. Hätten sie das letztere getan, dann hätten wir vor dem Volk die Sache auszufechten den Mut gehabt (Weisfall). Die Demokratische Partei sei nicht verpflichtet gewesen, einen Wechsel einzulösen, den andere hinter ihrem Rücken ausgeführt hätten. Wäre es zu her von den Deutschenationalen gewünscht Regierungszusammensetzung gekommen, so hätte auch die „große Koalition“ in Preußen früher oder später fallen müssen. Baden sei immer ein liberaler Staat gewesen, es sei nie so weit nach links gefallen wie die anderen, aber auch nie so weit nach rechts. Wenn in Preußen eine Änderung eintrete, so sei sie viel radikaler zu erwarten als etwa bei uns. Dies hätte man im größten deutschen Land mit Rücksicht auf die Folgen für das gesamte Deutschland verhindern müssen. Wie hätte man auch im Reich mit einem Minister wie Gerat, der gegen das Londoner Abkommen gestimmt habe, die historische Außenpolitik und die Durchführung dieses Abkommens fortsetzen können? Der Redner erinnerte an den ersten Wahlaufschwung der Deutschenationalen, der den „Kampf gegen die Erfüllungspolitik, um das deutsche Volk zu befreien“ angezündet und sich für eine monarchistische Politik ausgesprochen habe. Die gegenwärtige Reichsregierung hätte übrigens jetzt weiterregieren können, weder die Sozialdemokraten noch die Deutschenationalen hätten sie gestürzt. Hätten aber Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutschenationale usw. sich zusammengeschlossen, dann hätten die Wirtschaftspolitischen Fragen, die im künftigen Reichstag die Hauptrolle spielen werden. In der Aufwertungsfrage habe sich die Deutsch-Demokratische Partei immer vor unersättlichen Verprechungen gehütet. Den Parteien, die in der bekannten Weise agitiert hätten, müsse es sehr unangenehm sein, daß der Reichstag schon nach wenigen Monaten aufgelöst wurde, denn die Wähler könnten doch die ihnen gemachten Verprechungen noch nicht vergessen haben. Eine Ermäßigung u. Reform der Steuern müsse kommen, da sie einfach nicht mehr tragbar seien und unsere Wirtschaft aufs schwerste gefährden. Die bisherigen Überzölle hätten übrigens, was noch nicht bekannt sei, bis zum Ingangsetreten des Dawesplans auch Verwendung zur Deckung der Befugungsstellen finden müssen. Das Wichtigste sei das Wiedererlangen der Wirtschaft, das allein die Möglichkeit biete, dauernd von der gegenwärtigen Not freizukommen. Ebenso wichtig sei gegenseitiges Verständnis für die Not der anderen und Verständigung auf dem Boden der Gleichberechtigung. Dabei wisse man genau, daß der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft durch nichts mehr gefördert werden könne, als durch sozialistische Experimente und Versuche, von denen selbst das Gros der Arbeiter nichts mehr wissen wolle. In der Außenpolitik müsse das Londoner Abkommen ausgeführt werden, das uns schwerste Lasten bringt, deren Gerabesehung aber vorgesehen sei, wenn eine Zerstückelung des deutschen Geldwesens drohe. Die Räumung der Ruhr und der 1. Zone mit Köln sei nur durch lokale Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu erreichen. Dem Beitritt zum Völkerverbund stehe die Tatsache gegenüber, daß Deutschland vor allem den Haub der Ostgebiete nie anerkennen könne. Nur wenn auch Amerika und Rußland dem Bunde angehörten, könne sich Deutschland dort eine Stellung schaffen, wie es sie brauche. Es müsse hier mit größter Vorsicht vorgegangen werden.

Zum Schluß kam der Redner auf die wirtschaftliche Umgestaltung in Deutschland zu sprechen, das nicht mehr mit dem Deutschland vor 50 Jahren zu vergleichen sei, wo 20 Millionen Bauern einer Bevölkerung von 20 Millionen Gewerbetreibender usw. gegenüberstanden. Gleichzeitig sei auch eine geistige Umgestaltung vor sich gegangen, mit der man rechnen müsse. Auf allen Gebieten, er erinnere nur an die Fortschritte der Technik und des völkerverbindenden Verkehrs, wofür es alles weiter im Fluß. Glaube man wirklich, man könne in Deutschland noch dieselbe Politik wie vor dem Kriege machen? Nein, Redner, selbst sei die Umstellung schwer geworden. Trotz allem seien die 60 Millionen Deutschen zusammengehalten worden, und wenn wir unsere Stellung in der Welt mit der Ende 1918 vergleichen, sei doch ein Fortschritt zu verzeichnen. Die Zukunft des deutschen Volkes hänge jetzt davon ab, daß auch in der Politik Verstand und Ver-

nunft liegen. Dem Redner, der vielfach von Zustimmungsgewinnungen unterbrochen worden war, dankte minutenlang der Weisfall.

Reich

Bayrische Volkspartei und Zentrum

München, 30. Okt. In einer Erklärung der bayrischen Volksparteiforrespondenz über Vereinbarungen zwischen der bayrischen Volkspartei und dem Zentrum hinsichtlich der Reichstags- und Gemeindevahlen teilt die Landesleitung der Zentrumspartei in Bayern mit, daß dieses Abkommen unter der Drohung, im ganzen Reich eine für verfassungswidrige aufzustellen, von der bayrischen Volkspartei dem Reichsbotschaft der Zentrumspartei abgelehnt wurde. Die bayrische Landesparteileitung des Zentrums lehne die Annahme dieses Abkommens ab. Um jedoch dem Reichszentrum und dem deutschen Volk etwaige schlimme Folgen zu ersparen, empfehle der Landesvorsitzende einen sofort einzubehaltenden Parteitag, die Verbindung mit dem Zentrum zu lösen und als „christlich-soziale Partei“ wieder selbständig vorzugehen.

Badischer Teil

Zur Räumung des Karlsruher Rheinhafens durch die Franzosen

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, widerspricht die vom Landesauschuss für Leibübungen und Jugendpflege vorbereitete Meldung, daß das Bootshaus „Allemannia“ deswegen sofort wieder mit Einquartierung belegt worden sei, weil die Armeefriedenskommission, Zweigstelle Karlsruhe (Ministerium des Innern) keine Ersatzräume zur Verfügung gestellt habe, völlig den Tatsachen. Tatsache ist nämlich, daß diese Behörde an der Beschaffung von Quartieren für die französischen Kontrollposten in keiner Weise beteiligt ist. Im übrigen ist die Frage der Unterbringung von Kontrollposten im Rheinhafen noch Gegenstand von Verhandlungen.

Sonderkredit zur Vergütung der Ernte

Zur Vergütung der Ernte ist der Badischen Landwirtschaftskammer auf Antrag von dem Reichsernährungsministerium noch ein weiterer, aber verhältnismäßig kleiner Betrag zur Verfügung gestellt worden. Die Erledigung der Kredite geschieht in der gleichen Form wie bisher. Erntekredite können bekommen größere und kleinere Landwirte Badens, die nicht genossenschaftlich organisiert sind. Die Gesuche, die noch berücksichtigt werden wollen, müssen umgehend an die Badische Landwirtschaftskammer eingereicht werden. Sie müssen Angaben enthalten über die Größe des Betriebes, sowie über die Vermögensverhältnisse, was am besten durch bürgermeisteramtliche Beglaubigung bestätigt wird. Gesuche, welche diese Mitteilungen nicht enthalten, können wegen der Kürze der Zeit, falls Rückfragen notwendig sein sollten, nicht berücksichtigt werden. Die Kreditgesuche werden von der Badischen Landwirtschaftskammer geprüft und zur bankmäßigen Behandlung an die Badische Girozentrale weitergegeben, bei welcher die Wechselunterzeichnung vorgenommen wird, worauf die Beträge durch die zuständigen Sparkassen ausbezahlt werden.

Verbandsrat der Raiffeisengenossenschaften

In Mannheim begann Mittwoch im großen Saale des Friedrichsparks der Verbandsrat der Raiffeisen-Genossenschaften in Pfalz, Hessen und Baden. Der Besuch des Verbandsrates war außerordentlich stark. Die Tagung wurde von Verbandsdirektor Dr. Reichen eröffnet. Er begrüßte die erschienenen Sozialräte, sowie die, die nun nach langem Fernsein in die Heimat zurückkehren konnten. Weiter rief er dem persönlich erschienenen Regierungspräsidenten Mathews, ein herzliches Willkommen zu. Zwei Jahre sind seit dem letzten Verbandsrat verfloßen. Regierungspräsident Mathews dankte herzlich für die freundliche Begrüßung und für die wertvolle Mitarbeit der Raiffeisen-Genossenschaften in den letzten Jahren in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Er werde alles tun, um die Landwirtschaft und insbesondere die Raiffeisenorganisationen zu unterstützen. Die einzelnen Vertreter ergrieffen hierauf nacheinander das Wort und brachten die besten Wünsche für die Tagung. Die Verhandlungen dauern noch an.

Die Tagung, deren Verlauf sehr angeregt war, wurde am Donnerstag geschlossen. Als Tagungsort des Verbandsrates 1925 wurde Heilbronn gewählt. Die Tagung soll im Monat Juli stattfinden.

Zweiter badisch-pfälzischer Volksbühnentag

Die im Verband der deutschen Volksbühnenvereine zusammengeschlossenen Badischen Volksbühnen hielten am Sonntag in Mannheim einen gut besuchten Bezirkstagskongress ab. Vertreten waren Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim, Freiburg i. Br., Ludwigshafen und die mittleren und kleineren Orte Badens; Stuttgart und Darmstadt hatten Gäste entsandt.

Die Tagung, die unter dem Vorsitz von Dr. Fulda-Mannheim stattfand, brachte Referate von Seizinger-Mannheim über die praktische Geschäftsführung und von O. v. Zweifl-Frankfurt a. M. über die Ziele der Volksbühnenbewegung in Baden und in der Pfalz, wobei die künstlerische und wirtschaftliche Lage der Theater und Wanderbühnen zur Unterlage diente. Allseitig wurde betont, daß die Volksbühne nur künstlerisch erstklassige Veranstaltungen pflegen und fördern dürfe. Die parteipolitische und konfessionelle Neutralität der Volksbühnenbewegung wurde erneut festgestellt. Gefordert wurde auch für die Zukunft ein im klassischen und modernen Spielplan vorbildliches Veranschaulichung. Mehrere neugegründete Volksbühnen mit zum Teil sehr beträchtlicher Mitgliedschaft nahmen die Beziehungen zu dem Verbande auf. Die neuen Einrichtungen des Verbandes, insbesondere die wohlfeilen Klaffier-Ausgaben und die der künstlerischen Erziehung dienenden Volksbühnen-Zeitschriften, und die Gründung des eigenen Verlags (mit Julius Bab, Arthur Polittscher, Paul Joch und Rudolf Kayser als Redaktoren) erwiesen sich als besonders förderlich. Zum Vorort wurde Mannheim gewählt, in den Verwaltungsrat wurden Karlsruhe, Pforzheim, Freiburg i. Br., Weinheim und Ludwigshafen delegiert. Die Tagung, die außerordentlich anregend verlief, zeugte von ernststem kulturellem Streben.

Reichsbund der Kriegsbekämpften

Vergangenen Sonntag hielt der Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen in Mannheim einen ordentlichen Vertretertag ab, der mit einer öffentlichen Versammlung aller Kriegsoffiziere verbunden war. Der Vorsitzende, Kamerad Kiehn, begrüßte einleitend die von den einzelnen Bezirken erschienenen Vertreter und

die auswärtigen Gäste. Geschäftsführer Delpy erstattete den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß der Reichsbund nach der Inflation als die größte und stärkste Organisation anzusehen sei. Er umfaßt die Gesamtorganisation 3076 Ortsgruppen in 16 Gaue und 16 selbständigen Bezirken mit einer Gesamtmitgliedszahl von 400 000. Als Hauptforderung verlangte der Redner, daß die unentgeltliche Heilbehandlung der Hinterbliebenen gesetzlich verankert werden müsse. Der Reichstag sei verpflichtet, die Fürsorge wieder auf das Reich zurückzuführen, da die Kriegsoffiziere nicht für Baden, Sachsen oder Württemberg, sondern für das Reich gebildet hätten.

In der öffentlichen Versammlung, die im Rosenland stattfand, sprach der Direktor des Hauptversorgungsamtes Stuttgart, Reichstagsabg. Hoffmann, über Reichstag und Kriegsoffiziere. Der Redner zeigte, daß die bisherige Fürsorge durch die Organisation zwar auf eine beträchtliche Höhe gebracht worden sei, jetzt aber in allen Teilen im Rückschritt begriffen wäre. Er kennzeichnete die einzelnen Verschlechterungen. Die Größe der Aufgabe des Reichstages auf diesem Gebiete lasse sich ermessen, wenn man bedenkt, daß rund 2,5 Millionen von den Kriegsoffizieren erfaßt werden, zu deren Versorgung 710 Millionen Mark, d. h. ein Siebtel des gesamten Staatshaushaltes, bisher aufgewendet wurde. Redner verlangte die Aufwertung der Witwenabfindungen. Er schloß mit einer eindringlichen Mahnung an die sittlich-moralische Pflicht der Allgemeinheit den Kriegsoffizieren gegenüber.

Deutscher Rentnerbund

Wir werden um die Verbreitung nachstehender Meldung gebeten:

Der Deutsche Rentnerbund e. V., der über ganz Deutschland verbreitet ist und eine große Anzahl von Rentnern umfaßt, hat im Lande Baden gegenwärtig 18 Niederlassungen (Ortsgruppen), einige weitere sind im Entstehen begriffen. Der Bund hat es sich zur Aufgabe gestellt, den durch den Krieg und die Folgen desselben (Geldentwertung) in Not geratenen Rentnern beizustehen, ihre Interessen den Reichs- und Landesbehörden, sowie den örtlichen Fürsorgestellen gegenüber zu wahren, ihnen in finanziellen und sonstigen Bedrängnissen mit Auskunft, Rat und Tat zur Seite zu stehen, ihre Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und ihnen soweit als möglich durch Zuwendung von Vergünstigungen, Verteilung von Lebensmitteln u. dgl., Verdienstbeschaffung usw. Erleichterung ihrer Lage zu verschaffen. Die Ortsgruppen arbeiten trotz tatkräftiger Mithilfe der Rentnerinteressen zumeist in gutem Einvernehmen mit den Behörden und örtlichen Fürsorgestellen und haben sich fast durchgängig deren Entgegenkommen und tätigen Mitarbeit zu erfreuen. Der Zusammenhalt des Rentnerverbandes wird durch eine periodisch erscheinende und unentgeltlich verteilte Zeitschrift gefördert; die Mitgliederbeiträge sind gering (in der Regel 20 Pfg. monatlich), die Leitung der Landesverbände und Ortsgruppen geschieht ehrenamtlich.

Wenn auch in den größeren Städten Badens fast durchgängig Ortsgruppen bestehen, sind doch auch Städte mit einer größeren Zahl von Rentnern vorhanden, wo solche, obgleich die Vereinerung sicherlich als Wohltat empfunden würde, noch fehlen. Grundbedingung für das Zusammenkommen einer Ortsgruppe ist das Vorhandensein von Persönlichkeiten, die das Herz auf dem rechten Fleck haben und bereits in der Lage sind, sich der Interessen der notleidenden Rentner tatkräftig anzunehmen. Nicht bloß Rentner, auch andere allgemeines Vertrauen genießende, anständige, energische und aufopferungsfähige Männer und Frauen sind zur Leitung von Ortsgruppen und zur Mitwirkung bei solchen willkommen. Es handelt sich um ein gutes Werk. Nähere Auskunft beim Vorsitzenden des Bad. Landesverbandes des Deutschen Rentnerbundes Geheimrat Dr. Cron, Helmholzstr. 3, Karlsruhe.

Badischer Frauenverein

In der Aula der Oberrealschule in Offenburg hielt der Badische Frauenverein am Sonntag seine diesjährige Tagung ab, die aus dem ganzen Lande sehr gut besucht war. Voraus ging eine Sitzung des Landesauschusses, die mehrere Stunden in Anspruch nahm.

Um 12 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Generalsekretär Regierungsrat Lange, die Tagung und begrüßte den Vertreter des Ministers des Innern. Stadtrat Ronsch sprach für den erkrankten Oberbürgermeister Goller Worte der Begrüßung. Ihnen erwiderte mit Worten des Dankes der Generalsekretär und gedachte der allzu früh für den Frauenverein verstorbenen Protektorin, der Großherzogin Luise. Ohne Mitwirkung der Frauen sei die Frage der Wohlfahrt nicht zu lösen. Im Verlauf der Tagesordnung referierte Regierungsrat Lehmann über den Stand der Fürsorge. Der Krieg hat, um den dringlichsten Bedürfnissen abzuwehren, manche Notverordnungen geschaffen. 1920 wurde die Notfürsorge geregelt, 1922 die Kleinentwerferfürsorge. Feste Grundlagen wurden erst durch das Fürsorgegesetz vom 13. Februar 1924 geschaffen, dessen Bestimmungen in Zusammenhang gebracht wurden mit der freiwilligen Liebestätigkeit. Frau Abg. Straub erörterte die Frage der Errichtung freier Bezirksverbände, die von der Verfassung als wünschenswert erachtet wurden. Die einzelnen Bezirksverbände sollen je einen Vertreter in den Landesauschuss entsenden zur Mitarbeit und zur Vermittlung der zentralen Tätigkeit an die einzelnen oft sehr entlegenen Ortsvereine. Die anwesenden Mitglieder des Landesauschusses stimmten der Entsendung solcher Vertreter in den Landesauschuss zu. Oberbürgermeister a. D. Hermann-Offenburg referierte sodann über die Geschichte des Offenburg-Zweigsvereins. Es folgten dann Verwaltungs- und Mitgliederversammlungen.

Krüppelfürsorge

Der Badische Krüppelfürsorgeverein, der es sich zur Aufgabe gesetzt hat, das Krüppelkind zu lindern, wo immer es ihm begegnet, möchte mit seinem Rat auch denen helfen, die bisher glaubten, es gäbe keine Hilfe für sie. Von all den Tausenden von Krüppeln in unserem Lande sind es nur verschwindend wenige, deren Los nicht irgendwie gebessert werden könnte. Oft aber wissen die Krüppel oder deren Angehörigen gar nicht, wie leicht ihnen geholfen werden könnte. Darum hält der Badische Krüppelfürsorgeverein jetzt im ganzen Lande an zentral gelegenen Orten einmalige Beratungskonferenzen ab, um mit seinem Rat, und wo es nötig ist, mit seiner finanziellen Hilfe allen Krüppeln beizustehen.

Aus der evangelischen Landeskirche

Kirchenpräsident Dr. Wirth richtet im neuesten Verordnungsblatt eine Ansprache an die Geistlichen der Landeskirche, worin er unter Hinweis auf die kirchliche Zerplitterung und sittlich-religiöse Herrichtung weiter Volkstreife auf die dem geistlichen Stande obliegende göttliche Aufgabe abhebt und bittet selbst lebendige Glaubenszeugen zu sein. Leider mühten den Pfarrern noch weiterhin finanzielle Einschränkungen aufzulegen werden. Die Ansprache schließt mit dem Appell, alle Kräfte anzustrengen, damit der Kirche nicht noch mehr verloren gehe, und mit der Mahnung zum Frieden und zur Arbeitsgemeinschaft trotz aller Verschiedenheit religiöser Überzeugungen und Stimmungen.

Kommunale Rundschau

Aufwertung von Sparfahrguthaben. Die Mannheimer deutsch-demokratische Rathsausschuss hat für die am Freitag stattfindende Sitzung des Bürgerausschusses, auf dessen Tagesordnung die Aufwertung der Mannheimer Sparfahrguthaben steht, folgenden Antrag gestellt: Es sollen 500.000 Mark eingestrichelt werden, die zur Aufwertung der Sparfahrguthaben, die bei der Mannheimer Sparkasse vorhanden sind, Verwendung finden.

Soeben erschien im Bad. Kommunalverlag in Karlsruhe der **Badische Geschäfts-Kalender für 1925**, 78. Jahrgang der Originalausgabe, gegründet im Jahre 1852 von J. S. Geiger (Moritz Schauenburg) in Karlsruhe. Dem neuen Jahrgang dieses Kalenders kommt dadurch eine erhöhte Bedeutung zu, daß er die derzeitige Zusammensetzung der Reichs- und Staatsbehörden und sonstigen Organisationen nach den im Laufe des letzten Jahres erfolgten sehr erheblichen Änderungen, insbesondere durch Zusammenlegung, Aufhebung und Personalabbau bis auf den neuesten Stand ergänzt, berücksichtigt. Auch sonst enthält der Kalender vieles für Behörden, Beamte und die Geschäftswelt Wissenswerte. Die große Zahl der Mitarbeiter und die sorgfältige Bearbeitung bietet Gewähr dafür, daß der Kalender ein unbedingt zuverlässiges Nachschlagewerk darstellt. Eine Karte des Landes Baden, 47/33 cm groß, mit der Einteilung des Landes in Landeskommisariat, Kreis- und Amtsbezirke in recht übersichtlicher Weise, ist beigegeben. Der Kalender, in grünem Leinenband gebunden, wird bei Bestellung bis 15. November zum Vorzugspreise von M. 1.30 (durchgeschossen M. 1.50) geliefert. Er ist somit billiger wie Konkurrenzkalender. Siehe Inserat in dieser Nummer.

Aus der Landeshauptstadt

Des Menschen Seele in der Handschrift. Der Vortrag von G. K. Ritter in der Eintracht wandte sich gegen die vielfachen Vorurteile, die noch, durch die Schuld oberflächlicher oder gar schwindelhafter Vertreter, gegen die Graphologie bestehen. Der Vortragende verfolgte den Standpunkt, daß es sich hier um eine wirkliche und ernst zu nehmende Wissenschaft handle, die sorgfältige, psychologische Vorstudien und viel Objektivität und Verantwortlichkeitsgefühl von ihren Anhängern verlange. Wichtig und gewissenhaft ausgeübt, könne die Kunst der Handschriftsdeutung von vielfachem Nutzen sein. Schon in der Schrift des Kindes zeige sich der Charakter und dies könne dabei Eltern und Lehrern eine wertvolle Hilfe werden. Sogar durch allmähliche Verbesserung gewisser Schriftzeichen habe sich auch eine günstige Änderung des Charakters ergeben. Der Vortragende wies darauf hin, daß sich nicht nur der Verstand, sondern daß sogar physische Krankheiten, besonders Krankheiten der Atmungsorgane erkennbar seien. Zahlreiche Lichtbilder von Handschriftproben veranschaulichten den fesselnden, zum Nachdenken anregenden Inhalt des Vortrags.

Oberkirchenrat Hermann Sprenger ist unter Belassung seiner Amtsbezeichnung zum Pfarrer am hiesigen Städtischen Krankenhaus ernannt worden.

Seinen 75. Geburtstag begeht heute in voller geistiger und körperlicher Frische der langjährige Stadtdirektor Friedrich Meiß, dessen Grundbesitz die Anlage des Rosengartens entfrang, der heute die schönste Fierde unseres Stadtdirektors darstellt.

Landestheater. Am Sonntag den 2. November gelangt Beethovens „Fidelio“ zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Franz Wilhelm Reuß von Deutschem Opernhaus in Charlottenburg übernommen, der bekanntlich ein geborener Karlsruher ist und dessen musikalische Leitung des „Lobengrin“ gelegentlich des jüngst erfolgten Gesamtspektakels anlässlich der Karlsruher Herbstwoche mit so außerordentlichem Beifall aufgenommen wurde. Kapellmeister

Reuß wird auch das Sonderkonzert des Landestheater-Orchesters am Montag, dem 3. November, leiten, in welchem Werke von Verlioz, Mich. Strauß und Tschaiowski aufgeführt werden. — Am 9. und 11. November hat die Generaldirektion des Landestheaters den berühmten russischen Bariton **George Baklanoff** zu einem zweimaligen Gastspiel verpflichtet. Baklanoff gehört sowohl nach seiner stimmlichen wie darstellerischen Begabung zu den allerbedeutendsten Baritonisten der neueren Zeit und ist ein Meister in der Ausdeutung von Charakterpartien, wie es z. B. „Rigoletto“ und der Escamillo in Bizets „Carmen“ sind, die der geschätzte Künstler auch hier zur Darstellung bringen wird. — Am 12., 13. und 14. November findet eine dreimalige Aufführung von Mich. Strauß' neuestem Ballett „Schlagobers“ statt. Das Werk wird unter Mitwirkung des hier von den Aufführungen der „Josefslegende“ her rühmlichst bekannten Tänzerpaars Fritz Gadesow und Ami Schwaminger, vom Ballettmeister Semmler einstudiert. Das Werk hat überall, wo es bisher in der von Herrn Semmler gestellten pompösen Aufmachung mit seinen etwa 160 hierzu eigens angefertigten Kostümen nach Entwürfen von Emil Pirchan stürmischen Erfolg gezeitigt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	100 G.	31. Okt.		30. Okt.	
		Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	100 G.	165.19	166.01	165.09	165.91
Kopenhagen	100 Kr.	72.82	73.08	72.52	72.88
Stokholm	100 Kr.	18.21	18.31	18.19	18.29
London	1 Pf.	18.95	19.04	18.94	19.03
New York	1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris	100 Fr.	21.94	22.04	22.06	22.12
Schweiz	100 Fr.	80.60	81.00	80.64	81.04
Wien	100 Kr.	5.91	5.94	5.91	5.94
Prag	100 Kr.	12.49	12.55	12.50	12.56

Zuteilung über 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Gesamtmarktung der Devisenbeschaffungsstelle vom 28. Oktober d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 92 1/2 s. 1 d. bzw. für ein Gramm Feingold 35,5266 Pence.

Die Zusammenlegung bei den deutschen Werken. Wie die „Woz. Ztg.“ erfährt, beschloß der Aufsichtsrat der deutschen Werke in Kiel, die Stammaktien des Unternehmens von je 1000 des Aktienkapitals im Verhältnis von 25 zu 1 zusammenzuliegen. Die Vorzugsaktien werden im Verhältnis von 50 zu 1 zusammengelegt.

Karlsruher Börse. (30. Okt.) Die Marktlage ist lustlos. Viehschäfer drücken in schwachen Händen befürchtete Partien auf die Preise. Das Geschäft ist klein. Weizen neue Ernte handelsüblich 24 bis 26, Roggen neue Ernte gesund, handelsüblich 23 bis 25, Sommergerste je nach Qualität 25 bis 27, Hafer neue Ernte 18 bis 22, ausgeprochen minderwertige Ware entsprechend billiger. Mais mit 22, Weizenmehl, Mühlensonderung 37 bis 37,5, Roggenmehl 34 bis 35, Mehl zweifachmündig entsprechend billiger. Weizen- und Roggenfutturmehl 16,50 bis 16,75, Weizen- und Roggenmehl 12 bis 12,5, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Wirtrober 18 bis 19,5, Malzkeime 15 bis 16. **Rauhutermittel:** Rotes Wiesenheu, gut, gesund, trocken 8 bis 8,5, Luzerne 10 bis 10,5, Weizen- und Roggenstroh, brachgepreßt 5 bis 5,5, alles per 100 Kilo. Wehl, Mühlensfabrikate und Mais mit Getreide ohne Sach, Fruchtbarkeit Karlsruhe. **Weine und Spirituosen:** Weine: Die rückgängige Bewegung der Preise, auch für alte Weine, hält die Käufer zurück, so daß belangreiche Abschlüsse nicht zustande kommen konnten. **Spirituosen:** Die Unsicherheit, die infolge der unklaren Spirituosität der Monopolverwaltung den Markt beherrscht, ließ eine einheitliche Stimmung nicht aufkommen. Die Preise badischer Edelbranntweine haben etwas angezogen. **Kolonialwaren:** Kaffee und Tee im Preise un-

verändert. **Rangoonreis** 0,44, **Graupen** 0,48, **gelbe gepaltene Erbsen** 0,40, **ungar. Peribohnen** 0,48, **Rinsen** mittel 0,70 **americ. Schweinefett** 2.—, **Salatöl** 1,40, **Kristallzucker** 0,72 alles per Kilo.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Heidelberg, 30. Oktober. Zur Behebung der Verkehrs-mißstände auf dem staatlichen Grundstück des Botanischen Gartens soll ein Arkadenbau erstellt werden in gefälliger Architektur. Die bisherigen Verkaufsbuden werden dann verschwinden und das Stadtbild dürfte gerade an der verkehrsreichsten Stelle eine Verschönerung erfahren.

D. Heidelberg, 30. Oktober. Die „Badische Post“ — früher „Heidelberg Zeitung“ —, zuletzt Kopiedruck der „Frankfurter Nachrichten“, stellt mit Ablauf dieses Monats ihre Erscheinen ein.

D. Rastatt, 27. Okt. Nach einer Mitteilung des Ortsratstells Rastatt des Deutschen Beamtenbundes wird Rastatt im neuen Ortsklassenverzeichnis mit Wirkung vom 1. November 1924 in die Ortsklasse A eingereiht.

D. Baden-Baden, 31. Okt. In der Gegend des Scherchhofs (Gebiet der Badener Höhe) wurde der stärkste Baum des Stadtwaldes geschlagen. Es ist eine Tanne, die ein Alter von 150 Jahren erreichte und 40 Meter hoch wurde. Der Stamm hat am Boden einen Umfang von 4,70 Meter, dicht unter der Krone von 1,50 Meter. Die Niesentanne wirft 21 Festmeter Kuchholz und 9 Ster Brennholz ab. In zwei Stücken gesägt, wurde der Baum gestern durch die Stadt nach dem Sägewerk befördert, das ihn angelauft hatte. Der Waldries erregte begeisterte Aufsehen.

D. Hornberg, 30. Oktober. In Hornberg entgleiste der Salschwagen (1 Rindwagen) des Personenzuges 1413 Hornberg-Offenburg heute Mittag nach 12 Uhr. Durch den entgleisten Wagen wurde das Nebengeleis etwa 8 Stunden gesperrt. Die Personenzüge konnten durchfahren. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Ursache der Entgleisung liegt in dem vorzeitigen Umstellen der Einfachtsweiche. Untersuchung ist eingeleitet.

W. Ludwigshafen, 31. Oktober. Vor dem 4. Strafenat des Reichsgerichts in Leipzig hatte sich der 20jährige Friseurgehilfe Hermann Straßer aus Ludwigshafen wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Straßer beging am 6. März 1924 bei einer Demonstration der Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen wegen Ablehnung des verlängerten Achtstundentages Gewalttätigkeiten gegen einen Polizeibeamten. Das Gericht verurteilte ihn wegen Landfriedensbruchs zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft.

Staatsanzeiger

An die Bezirksämter und die Polizeidirektion Baden

Nr. 90 668.

Norm. XXXIII.

Verkehr mit Kraftfahrzeugen

Die Vorschriften über die Geschwindigkeit von Kraftfahrzeugen in §§ 18 und 23 der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 15. März 1923 weichen nicht unerheblich von den entsprechenden früheren Vorschriften ab. Es ist darüber Klage geführt worden, daß in zahlreichen Fällen noch Tafeln mit veralteten Geschwindigkeitsvorschriften aufgestellt seien. Die Bezirksämter und die Polizeidirektion Baden werden angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß nicht mehr zutreffende Warnungstafeln alsbald durch neue mit der richtigen Geschwindigkeit ersetzt werden.

Karlsruhe, den 29. Oktober 1924.
Der Minister des Innern
Remmele

Badisches Landestheater. Samstag, 1. Nov. (Allerheiligen). 6 1/2, b. n. 10 Uhr. Sp. I M. 7.00.

Abonn. C 8. Th.-Gem. B.V.B. I. Sondergruppe.
Die Rose vom Liebesgarten.

Soeben erschien:
73. Jahrgang der Originalausgabe des Badischen Geschäfts-Kalenders für 1925
gegründet im Jahre 1852 von
J. S. Geiger (Moritz Schauenburg)
Lehr i. V.,
in grünem Leinenband

Dem neuen Jahrgang dieses Kalenders kommt dadurch eine erhöhte Bedeutung zu, daß er die derzeitige Zusammensetzung der Reichs- und Staatsbehörden und sonstigen Organisationen nach den im Laufe des letzten Jahres erfolgten sehr erheblichen Änderungen, insbesondere durch Zusammenlegung, Aufhebung und Personalabbau bis auf den neuesten Stand ergänzt, berücksichtigt. Auch sonst enthält der Kalender vieles für Behörden, Beamte und die Geschäftswelt Wissenswerte. Die große Zahl der Mitarbeiter und die sorgfältige Bearbeitung bietet Gewähr dafür, daß der Kalender ein unbedingt zuverlässiges Nachschlagewerk darstellt. Eine Karte des Landes Baden, 47/33 cm groß, mit der Einteilung des Landes in Landeskommisariat, Kreis- und Amtsbezirke in recht übersichtlicher Weise, ist beigegeben. D. 704

Vorzugspreis bis 15. November 1924: M. 1.30 (durchgeschossen M. 1.50) somit billiger als Konkurrenzerscheinungen

Bad. Kommunalverlag
G. m. b. H., Karlsruhe

Paßbilder

für Reise und Bahnfahrten schnell und billig
Photographisches Atelier
Rausch & Pester
Erbrinzenstr. 3 D 485

Offenburg, 7. November 1924, vormittags 10 Uhr.
Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht niedergelegt.
Offenburg, 28. Okt. 1924.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts I.

Das Forstamt Schönau i. B. versteigert am Dienstag, den 11. November d. J. in der Sonne in Schönau aus Domänenwald Mülten 61 Ster Buchenes, 80 Ster Nadel-Eichenholz und 109 Reisföhren. 9.66 Ferner werden freihändig verkauft:
Aus Domänenwald Mülten 83 fm. Nadel-Stammholz I.—VI. Klasse und 97 Ster entriebenes Papierholz. Aus Domänenwald Judenwald bei Hoppach: 5 fm. Stammholz.
Angebote bis 15. Nov. beim Forstamt erbeten. Die Bieter sind bis mit 21. November an ihr Gebot gebunden. Losverzeichnis durch das Forstamt. Vorzeiger in Mülten: Oberforstwart Kiefer in Mülten. Vorzeiger für Judenwald: Forstwart Wagner in Hag.

Billige Tage in Schuhwaren!

Vom 31. Oktober bis 8. November

Damen-Halbschuhe, Roß-Chevr., moderne Form Mk. 5.50
Damen-Halbschuhe, Rindbox, breite Form Mk. 5.50
Damen-Halbschuhe, breite, bequeme Form für ältere Damen, niedriger Absatz, prima Fabrikat Mk. 8.50
1 Posten **Damen-Halbschuhe**, Boxcalf, gedoppelt, moderne Form nur Mk. 7.00
1 Posten **Damen-Halbschuhe**, echt Chevr., Rahmenarbeit, spitze und breite Form Mk. 10.75
1 Posten **Lackleder-Halbschuhe**, prima Fabrikat, spitze Form Mk. 12.50
Damenstiefel in Chevr., Boxcalf und Rindbox, gute Paßform, bequeme Absätze Mk. 12.50, 11.50, 10.50, 9.50, 8.50, 7.50

Tanz-Schuhe

in Wildleder, schwarz, braun, grau u. beige in Schnür, Lasch. Pumps, Spanglen nur Mk. **9.95**

Tanz-Schuhe

in braun Lackleder, gr. Mode, braun Lackleder Pumps, Ludwig XV. Abs. Ago erstklassiges Fabrikat Mk. 12.50
dito in Schnür nur Mk. 13.50

Großer Posten **braune Herrenstiefel** in braun Boxcalf und Rindbox, solid. Fabr., mit Zwischensohle gedopp., schlanke, breite und spitze Form, nur Mk. 13.50
dito, einfachsohlig Mk. 12.50
Schwarze Herrenstiefel in Boxcalf und Rindbox, Zwischensohle gedoppelt, prima Fabrikate Mk. 14.50, 13.50
einfachsohlig Mk. 10.50, 9.50, 8.50
Herren-Halbschuhe, spitze und breite Form Mk. 12.50, 11.50, 10.50
Herren-Sportstiefel, Zwischensohle, Staublasche, wasserdicht. Futter ohne Kappen, bequeme Form, sehr kräftig nur Mk. 15.50
dito in braun Boxcalf, gedoppelt, auf Zwischensohle nur Mk. 17.50
Knabenstiefel in Boxcalf und Rindbox Mk. 11.50, 9.50, 6.75
Kinderstiefel, Fahlleder und Spaltdleder, solange Vorrat, 27/30 Mk. 5.00 31/35 Mk. 5.50
Roß-Chevr.-Mädchenstiefel 31/35 nur Mk. 5.50
Kamelhaar-Hauschuhe Mk. 2.95, 3.50, 4.50, 5.50
Herren-Arbeitsstiefel mit Staublasche mit u. ohne Beschlag Mk. 10.50, 9.50, 8.50, 7.50

Große Auswahl in sämtlichen Artikeln wie **Halbschuhe, Pant. etc., Haverlschuhe** zu bedeutend **herabgesetzten Preisen** stauend billig
Versäumen Sie nicht diese außerordentlich günstige Gelegenheit
Den ganzen Tag geöffnet bis abends 7 Uhr

Schuhhaus Kehrwald

nur Erbrinzenstraße 26

D. 707